

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT



**Schlimmstes Jahr seit
dem Ende des Kalten Krieges**

Jahresbericht 2014

Inhalt

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT
70 JAHRE ♦ 1945 – 2015

Appell an den Bundesrat	3
..... 100'000 syrische Kriegsflüchtlinge aufnehmen!	
Jahresbericht 2014 des Präsidenten Ruedi Tobler	7
..... Das schlimmste Jahr seit Ende der Blockkonfrontation	
Friedenskundgebung 20. September 2014 in St. Gallen	9
..... Bringen militärische Interventionen Stabilität in den Nahen Osten?	
Weitere Aktivitäten des SFR im 2014	14
..... Gegen die Finanzierung von Atomwaffen durch Schweizer Banken	
Jahresbericht 2014 der Kampagne gegen Kleinwaffen	18
..... Lockerungen für Waffenexporte in den Nahen Osten	
Kleinwaffen-Jahrbuch Small Arms Survey 2014	21
..... Frauen und Kleinwaffen	
Publikationen des SFR	24
..... Der aktuelle Bestelltalon	

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich

Tel. +41 (0)44 242 93 21

info@friedensrat.ch – www.friedensrat.ch

PC-Konto 80-35870-1

FRIEDENSZEITUNG

Die vierteljährliche
friedenspolitische Zeitschrift



Die Kampagne
gegen Kleinwaffen

Impressum

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Zürich, Februar 2015, Fr. 10.–

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt

Beiträge von Ruedi Tobler, Heiri Frei, Small Arms
Survey 2014

Bilder: Small Arms Survey, UNHCR, SFR u.a.

Titelbild: Kichka

Druck: ropress Druck, Zürich

Auflage: 2000 Ex.





100'000 syrische Flüchtlinge aufnehmen!

Am 6. Januar 2015 appellierten vier Organisationen, darunter der Friedensrat, in einem Offenen Brief an Bundespräsident Burkhhalter und Justizministerin Sommaruga, angesichts der verzweifelten Lage von Millionen von Menschen in Syrien, die bis heute vor dem Bürgerkrieg innerhalb ihres eigenen Landes oder in die Nachbarländer flüchten mussten, dringendst 100'000 Kriegsflüchtlinge in die Schweiz aufzunehmen. SFR-Präsident Ruedi Tobler begründete den Vorstoss wie folgt:

100'000 syrische Flüchtlinge in der Schweiz aufnehmen? Ist das nicht eine unrealistische Forderung? Das wurden wir bei der Unterschriftensammlung für unseren Offenen Brief hier und da gefragt. Warum eigentlich?

Hat es in der Schweiz zu wenig Platz für diese Kriegsflüchtlinge? **Nein**, keineswegs. Es

braucht lediglich guten Willen, vor allem in den Gemeinden. Dass er durchaus vorhanden ist, zeigen Beispiele wie die Freiplatzaktion und die Solidaritätsnetze.

Wäre ein sicherer Transport dieser Kriegsflüchtlinge in die Schweiz ein Problem? **Nein**, im Gegenteil; dadurch würde den gefährlichen illegalen Schiffsfahrten über das Mittelmeer entgegengewirkt und ein Beitrag zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität geleistet.

Wäre die Schweiz mit der Beherbergung dieser Kriegsflüchtlinge finanziell überfordert? **Nein**, nicht im geringsten. Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt.

Wäre die Schweiz organisatorisch mit der Betreuung dieser Kriegsflüchtlinge überfordert? **Nein**, überhaupt nicht. Ist der Zivilschutz

nicht stolz darauf, dass er auf «ausserordentliche Lagen» vorbereitet ist! Nötig wäre allerdings ein Konzept für ein qualitativ hochstehendes Schulangebot.

□ *Ist es nicht falsch, Kriegsflüchtlinge aus Syrien weit weg von ihrer Heimat in der Schweiz aufzunehmen?* Würden sie nicht besser in den angrenzenden Ländern betreut? **Nein**, diese Länder sind mit den Millionen von Flüchtlingen überfordert, wie auch die internationalen Hilfsorganisationen. Das Welternährungsprogramm musste ja vorübergehend die Lebensmittelabgabe in Flüchtlingslagern einstellen. Und das Flüchtlingshilfswerk der UNO fordert Europa dringlichst auf, wesentlich mehr Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen.

Ergebnis einer Gehirnwäsche

Sachlich fundierte Gründe gegen die Aufnahme von 100'000 syrischen Flüchtlingen in der Schweiz gibt es also nicht. Warum aber wird diese Forderung trotzdem weitherum als 'unrealistisch' abgetan? Selbstverständlich wäre

dieses Unterfangen eine Herausforderung, aber sie wäre zu bewältigen. Der Grund muss also ein anderer sein. Er liegt in den Barrieren in den Köpfen. Sie sind das Ergebnis einer eigentlichen Gehirnwäsche, einer Hetzkampagne, die seit Jahren vor allem von der sogenannten Volkspartei systematisch betrieben wird. Sie hat Schritt für Schritt zur Aushöhlung und Verstümmelung des Asylrechts geführt. Aber auch zur Verbiegung der Begriffe. Flüchtling wird nicht mehr assoziiert mit Elend, Verfolgung und Schutzbedürftigkeit, sondern mit «Schein», «unecht» und «Missbrauch». Entsprechend wird nicht mehr von Flüchtlingen gesprochen, sondern despektierlich von Asylanten.

Wobei das noch vergleichsweise harmlos ist. Die Abschaffer des Asylrechts betonen zwar immer wieder, auch sie seien dafür, «echte Flüchtlinge» aufzunehmen. Aber das kleine Beiwort entlarvt ihre Denkensart. Es gibt für sie 'echte' und 'unechte' Kategorien von Menschen. Das gab es doch schon einmal – mit 'unwertem Leben' und 'Untermenschen'. Der unbestrittene Führer der SVP hat ja seine politischen Sporen mit der Verteidigung des Apart-



heid-Systems abverdient und ist von dieser Einstellung bis heute kein Jota abgewichen.

Abwehrhaltung nicht naturgegeben

Die heutige Abwehrhaltung gegenüber den Flüchtlingen ist nicht naturgegeben und war auch nicht immer vorherrschend. So hat der Bundesrat vor bald sechs Jahrzehnten am 1. Februar 1957 «Grundsätze für die Handhabung des Asylrechtes in Zeiten erhöhter internationaler Spannungen und eines Krieges» veröffentlicht – übrigens ein Bundesrat mit lauter bürgerlichen Mitgliedern (3 FDP, 3 CVP, 1 BGB). Darin zeigt er sich überzeugt von einer asylfreundlichen Haltung der Bevölkerung:

«Nach den Erfahrungen des letzten Weltkrieges kann kein Zweifel bestehen, dass die grosse Mehrheit des Schweizervolkes erwartet, die Behörden möchten auch in Zukunft soweit als irgendwie möglich ausländischen Flüchtlingen wenigstens eine vorübergehende Aufnahme gewähren. Man wird die schweizerische Bevölkerung nicht einfach überzeugen können, dass von vorneherein eine Aufnahme von Flüchtlingen [...] überhaupt nicht in Frage komme. Mindestens solange nicht unmittelbar militärische Interessen [...] berührt werden, wird das Schweizervolk erwarten und verlangen, dass die Behörden Flüchtlingen Zuflucht gewähren. Eine Verweigerung des Asyls bedarf einer klaren und zwingenden Begründung.»

Erinnerung an Bourbaki-Internierung

Den guten Ruf als Zuflucht für Flüchtlinge hat sich die Schweiz allerdings nicht in der Zeit der beiden Weltkriege erworben, sondern im vorletzten Jahrhundert, in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung des Bundesstaates, als die Schweiz mit ihrer republikanischen Staatsform im monarchistischen Europa einsam dastand. Immer wieder bot sie Liberalen, Republikanern und Aufständischen aus verschiedenen Ländern Unterschlupf, auch wenn sie dadurch massiv unter Druck – auch militärisch – einiger europäischen Mächte kam.

Das Fundament für den Ruf der humanitären Schweiz legte sie allerdings 1871 im deutsch-französischen Krieg mit der Internierung der Bourbaki-Armee. Praktisch ohne Vorbereitungszeit überschritten vom 1. bis 3. Februar 87'000 Soldaten die Schweizer Grenze bei grosser Kälte im tief verschneiten Jura. Sie mussten entwaffnet, untergebracht, gepflegt und nicht wenige gesundheitlich versorgt werden. Ihre Verteilung auf die Kantone war in der Vorautomobilzeit mit einem lediglich rudimentären und privaten Bahnnetz ebenfalls eine grosse Herausforderung.

Nehmen wir diese konkrete Erfahrung als Massstab für unsere Forderung nach Aufnahme von 100'000 Flüchtlingen aus Syrien, so zeigt sich, dass von 'unrealistisch' keine Rede sein kann. Das beginnt bei der Zahl. 1871 wurden bei einer Bevölkerungszahl von rund 2,7 Millionen 87'000 Soldaten interniert. Rechnet man das auf die heutige Bevölkerungszahl von rund 8,2 Millionen um, ergäbe das eine Zahl von deutlich über 260'000 Menschen. Die Belastung für die Schweiz mit 100'000 Kriegsflüchtlingen wäre also massiv geringer. Dazu kommt, wie bereits eingangs erwähnt, dass die Flüchtlinge heute nicht überraschend kämen, sondern ihr Empfang und ihre Unterbringung vorbereitet werden könnten von dazu ausgebildeten Organisationen.

Kriegsflüchtlinge aufnehmen!

Die Aufnahme von 100'000 syrischen Kriegsflüchtlingen in der Schweiz könnte unserem Land auch viel bringen. Lassen wir uns von der Solidaritätswelle von 1871 inspirieren: Dann geht ein Ruck durch das ganze Land, setzen wir uns gemeinsam für das Wohlergehen der Kriegsflüchtlinge in unserem Land ein und stellen so den Ruf als Land der Humanität auf ein erneuertes Fundament.

Das würde auch die Stellung der Schweiz in der Welt stärken. Es würde den Druck auf die Europäische Union für eine grosszügigere Aufnahme von Flüchtlingen und das Überdenken der 'Festung Europa' verstärken. Es würde der Rolle der Schweiz als Schutzmacht

des Roten Kreuzes zusätzliche Legitimität verleihen. Und es würde auch der Stimme der Schweiz in der UNO für eine Friedenslösung zusätzliches Gewicht geben. Denn – das ist auch aus unserer Sicht so – die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen ist nur eine Notlösung. Sie ist nötig geworden durch das Versagen der UNO-Vetomächte, die ihre Rolle für den

Weltfrieden nicht wahrnehmen. Diese Rolle haben sie sich übrigens vor 70 Jahren selber aufgetragen. Und wenn sie sich darauf zurückbesinnen, wird auch der grösste Teil der Kriegsflüchtlinge die Chance erhalten, in ihre Heimat zurückkehren zu können.

Ruedi Tobler

Offener Brief an Bundespräsident Didier Burkhalter und Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Burkhalter
Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

Millionen syrischer Frauen, Männer und Kinder sind vor dem Bürgerkrieg auf der Flucht.

Die traurige Bilanz dreier Jahre Bürgerkrieg in Syrien: 40% der Bevölkerung sind vertrieben, 6,5 Mio. leben als Flüchtlinge im eigenen Land, mehr als 2,5 Mio. Menschen sind als Flüchtlinge in den Nachbarländern registriert. Weder ein Ende des Bürgerkrieges noch ein Ende der Fluchtbewegungen ist in Sicht. Im Gegenteil! Länder wie Jordanien, Libanon und die Türkei tragen die Hauptlast, ohne die Hilfe reicher Länder werden diese Länder die Situation längerfristig nicht bewältigen können.

Wir wissen, der Bundesrat ist nicht untätig: Bundespräsident Burkhalter engagiert sich für Verhandlungslösungen, Bundesrätin Sommaruga verlangt Soforthilfe zum Schutz der Flüchtlinge vor Ort, hat vorübergehend Visa-Erleichterungen eingeführt und 500 schutzbedürftige Flüchtlinge vom UNHCR in die Schweiz geholt.

Und dennoch, das ist für die reiche Schweiz viel zu wenig!

Bis Mitte 2014 hat Europa lediglich 4% der Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, das ist ein Skandal!

Bis heute sind mehr als 250 Menschen aus Syrien auf der Überfahrt nach Europa im Mittelmeer ertrunken.

Es ist eine unerträgliche Ungerechtigkeit, wenn Länder mit knappen Mitteln wie Libanon die Hauptlast tragen. Der Libanon beherbergt laut UNHCR pro 1000 Einwohner 230 Flüchtlinge. Auf die Schweiz übertragen ergäbe das 1,8 Mio. Flüchtlinge.

Wir fordern

- Aufnahme von 100 000 syrischen Flüchtlingen in die Schweiz
- Lockerung der Visabestimmungen für Syrienflüchtlinge
- Sichere Reisewege nach Europa
- Unterkunft von Flüchtlingen ist auch bei Privaten zu ermöglichen
- unbürokratische Zusammenführungen getrennter Familien in Europa
- erleichteter Familiennachzug für Menschen aus Syrien
- grosszügige Unterstützung der Nachbarländer Syriens
- Kultur des Willkommens
- Stopp aller Waffenlieferungen und keine Geschäfte mit Kriegstreibern

Freundliche Grüsse

CaBi-Antirassismustreffpunkt, St.Gallen; Förderverein Bodensee-Friedensweg; Schweizerischer Friedensrat; Solidaritätsnetz Ostschweiz

Das schlimmste Jahr seit dem Ende der Blockkonfrontation

Von Ruedi Tobler, Präsident des Schweizerischen Friedensrates

Eigentlich hätte 2014 die besten Voraussetzungen gehabt, zum internationalen Jahr des Friedens zu werden. Mit einer Vielzahl von Anlässen und eher noch mehr Publikationen wurde an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges gemahnt und vor den Fehlern gewarnt, die zum Hineinschlittern in den Grossen Krieg bzw. ins Weltkriegsjahrhundert geführt haben. Aber herausgekommen ist das wohl schlimmste Jahr seit dem Ende der Blockkonfrontation. In keinem der bedeutenderen Konflikte und Kriege haben die Vetomächte im UNO-Sicherheitsrat ihre Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens wahrgenommen, auf die sie sich selbst in der UNO-Charta verpflichtet haben. Das Ergebnis ist verheerend.

Asymmetrische Kriege

Die Zahl der offenen Kriege hat zugelegt – wobei es praktisch keine Kriege mehr im traditionellen Sinn gibt, in denen sich die Armeen von zwei Staaten oder Koalitionen bekämpfen. Die Regel sind asymmetrische Kriege, in denen es weder klare Fronten noch eindeutige Kriegsparteien gibt. So ist weder in Syrien/Irak noch in Libyen mit Sicherheit auszumachen, wer wen bekriegt und dabei von welchen Mächten Unterstützung erhält. Je länger solche Kriege andauern, umso mehr Waffen gelangen auf die Schwarzmärkte und werden damit zur zusätzlichen Gefährdung auch ausserhalb der Kriegsgebiete. Da ist es nur ein schwacher Trost, dass an Weihnachten 2014 endlich der Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty) in Kraft treten konnte.

Nie mehr seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren so viele Menschen auf der Flucht wie im vergangenen Jahr. Das überfordert sowohl das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) wie das Welternährungsprogramm (World Food Programme), das wegen fehlender finanzieller Mittel die Lebensmittelabgabe in syrischen Flüchtlingslagern vorübergehend einstellen musste. Und der Libanon steht vor dem Staatskollaps mit über einer Million Flüchtlinge auf eine Bevölkerung von etwa vier Millionen. Das Elend in den Flüchtlingslagern ist dramatisch, vor allem jetzt im bitterkalten Winter.

Krieg ächten – Frieden schaffen

Diese Entwicklung hat auch unsere Arbeit im vergangenen Jahr geprägt. So hat sie die Themenwahl in der **FRIEDENSZEITUNG** stark beeinflusst. Für den Friedensweg am Bodensee, den Dreiländer-Ostermarsch in Lindau am 21. April, haben wir «Krieg ächten – Frieden schaffen» als Thema gewählt. Die Beteiligung war sehr gut und das Hauptreferat hielt der Animator des Friedenswegs und unser ehemalige Präsident Arne Engeli. Er benutzte die Gelegenheit, um über die aktuellen Probleme hinaus mit einem Rückblick auf das Engagement in den vergangenen Jahrzehnten Mut zu machen, dass es weniger auf kurzfristigen Erfolg ankommt als vielmehr auf die längerfristigen Auswirkungen. Die Berner hatten für ihren Ostermarsch im Hinblick auf die Abstimmung über den Gripen das Thema «Sicherheit schaffen: Mit Bildung und Gesundheit statt Waffen» gewählt.

**KRIEG ÄCHTEN
FRIEDEN SCHAFFEN**

FOTO: PETER WISCHAUPT / UWE FESCHKA

**BODENSEE-FRIEDENSWEG 2014 IN LINDAU
OSTERMONTAG, 21. APRIL | 13:00 – 17:15 UHR
SCHIRMHERRSCHAFT: OBERBÜRGERMEISTER DR. GERHARD ECKER, LINDAU**

► **TREFFPUNKT:** 13 Uhr auf der Westseite des Hafens in Lindau
Begrüssung: Barbara Stöller, Friedensräume, Lindau

► **STATIONEN:** ca. eine Stunde Fussweg, Fahnen/Transparente mitbringen!

Pulverturm, Luitpoldkaserne
VON DER KASERNE ZUM BILDUNGSZENTRUM – EIN WEG ZUM FRIEDEN?
Dietmar Stöller, Pak Christ, Lindau

Peterskirche
EINE KRIEGSGEDÄCHTNISSTÄTTE MAHNT ZUM FRIEDEN
Hermann Dorfmler, ehem. Stadtrat, Lindau

Altes Rathaus
VALENTIN HEIDER – EIN DIPLOMAT DES FRIEDENS VON 370 JAHREN
Margret Brass-Kästl, Stadtheimpfleglerin, Lindau

Inselhalle: 15:15 bis 17:15 Uhr
LINDAU WILF DER OPFER VON BAZEN GEDENKEN (Frankreich, 1914)
Lwue Caspar Peschka, Bunte Lichte, Lindau

Zum Abschluss

GERECHTIGKEIT SCHAFFT FRIEDEN
Arne Engeli, Politologe und in der Friedensarbeit engagiert, Rorschach
FRIEDENSLIEDER UND MUSIK: Toggenburger Klang-Pho
mit Peter Roth, Felix Rauber und Sonja Lieberherr-Schmidler
APERO / KOLLEKTE zur Deckung der Unkosten

war so stark, dass aus dem Überschuss eine Website für die Friedensaktivitäten in der Ostschweiz aufgebaut wird.

www.bodensee-friedensweg.org

Syrien-Appell aus der Ostschweiz

Die drängende Flüchtlingsfrage hat vier Organisationen, darunter den Friedensrat, motiviert, in einem Offenen Brief an Bundespräsident Burkhalter und Bundesrätin Sommaruga die Aufnahme von 100'000 Flüchtlingen aus Syrien zu fordern (siehe Kasten). Ohne systematische Sammlung haben 27 Organisationen und über 500 Personen den Brief unterschrieben. Nachdem eine Übergabe des Briefes weder an Bundespräsident Burkhalter noch an Bundesrätin Sommaruga möglich war, organisierten wir mit Hilfe von Nationalrat Balthasar Glättli am Dreikönigstag (6. Januar 2015) eine Medienkonferenz, um unsere Forderungen der Öffentlichkeit vorzustellen. Mir ist die Aufgabe zugefallen, die Forderung nach Aufnahme von 100'000 Flüchtlingen zu begründen. Den Text haben wir als Einleitung diesem Jahresbericht vorangestellt.

Auf Initiative des Demokratisch Kurdischen Gesellschaftszentrums haben acht Organisationen, darunter auch der Friedensrat, am 20. September zum UNO-Friedenstag in St. Gallen eine Kundgebung organisiert «gegen den Krieg – für Solidarität mit den Opfern und grosszügige Aufnahme von Kriegsflüchtlingen». Hauptrednerin war die bekannte Menschenrechtsaktivistin Anni Lanz aus Basel. Die Kundgebung zum kulturellen Anlass verwandelt hat Hans Fässler, in unseren Kreisen bekannt als armeekritischer Kabarettist, mit einem Strauss von Liedern. Ich durfte ein Votum halten zur Rolle der Grossmächte, die ihre Verantwortung für den Weltfrieden im Rahmen der UNO nicht wahrnehmen (Ausschnitt im Kasten auf Seite 9).

Offenbar waren wir in der Ostschweiz die einzigen, die eine Kundgebung zum Weltfriedenstag organisierten. Aufgrund des guten Erfolgs waren wir uns bald einig, dass sie keine Eintagsfliege bleiben, sondern zur Tradition werden soll. Die finanzielle Unterstützung

Von St. Gallen aus sind wir mit einem Car nach Bern gefahren, weil uns eine Gruppe von über 20 Personen aus Syrien begleitet hat. Die meisten von ihnen konnten dank dem erleichterten Familiennachzug in die Schweiz kommen. Dieser wurde aber, wie bereits im letzten Jahresbericht kritisiert, nach kurzer Zeit wieder aufgehoben. Im Car begleitete uns eine Equipe der Tagesschau und von Tele Ostschweiz. Das Medienecho war gross. Unsere Aktion hat die Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen belebt und seitdem wird praktisch immer erwähnt, dass auch die Forderung nach Aufnahme von 100'000 syrischen Flüchtlingen erhoben worden ist.

Ereignisreiches OSZE-Präsidialjahr

Es war ein turbulentes Jahr, in dem unser Ausenminister und Bundespräsident Didier Burk-

Fortsetzung Seite 10

«Wo hat eine militärische Intervention je mehr Stabilität in eine Region gebracht?»

Das fragte kürzlich in der 'Sternstunde Philosophie' am Fernsehen SRF der ehemalige Direktor des IKRK, Pierre Krähenbühl, seit April Generalkommissar des UNO-Flüchtlingshilfswerks in Palästina UNWRA. Seine Antwort: «Die Folge militärischer Interventionen war immer mehr Instabilität.» Er verwies auch auf Israel. Nach drei Kriegen müsse es sich fragen, ob seine Sicherheitsstrategie richtig sei. Dringend nötig sei eine Kultur der Vermittlung, nicht nur in Palästina. Dem können wir nur beipflichten, gerade auch im Hinblick auf die Ukraine. Wird der mit Schweizer Beteiligung durch die OSZE vermittelte Waffenstillstand den Raum für eine politische Lösung öffnen? Die gestrige (am 19. September 2014) Einigung zwischen der ukrainischen Regierung und den prorussischen Rebellen auf die Einrichtung einer Pufferzone im Osten des Landes ist ein erster konkreter Schritt, ein reales Hoffnungszeichen.

Kontraproduktive Aufrüstung

Wie kontraproduktiv die Aufrüstung von sogenannten guten Kräften ist, zeigt das Beispiel von Afghanistan. Im Kampf gegen die sowjetischen Besatzer wurden die Taliban aufgerüstet, so erfolgreich, dass sie bis heute ihr militärisches Unwesen treiben können. Gegen sie wurden wieder neue Kräfte aufgerüstet, die bis heute als 'Kriegsfürsten' in ihren Regionen ein schreckliches Regime führen. Oder nehmen wir das Beispiel Irak. Den militärischen Erfolg verdanken die IS-Terrortruppen erbeuteten amerikanischen Waffen sowie westlichen Waffen aus arabischen Ländern, insbesondere aus Saudiarabien. Dorthin hat auch die Schweiz in den letzten Jahren mit Vorliebe Kriegsmaterial geliefert. Unser Land ist also nicht unbeteiligt

und neutral, sondern direkt mitschuldig am Massenmord und den Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das muss ein Ende haben. Darum: Stopp dem Waffenexport!

Verantwortungsloser Sicherheitsrat

Westliche Mächte greifen heute mit Bombardierungen und der Lieferung von Waffen an

Gegner des 'Islamischen Staates' im Irak ein. Sie lenken damit davon ab, dass sie ihre Verantwortung nicht wahrnehmen, die insbesondere die Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates haben. Völkerrechtlich legitimiert zum militärischen Eingreifen wäre nur eine UNO-Schutztruppe mit entsprechendem Mandat.

Darin müssten sich diese Staaten auch direkt engagieren. Nur so können Kriege wie in Syrien und Irak, aber auch in Libyen, Zentralafrika, Sudan und Somalia beendet werden. Mit der Zerschlagung von Terrorherrschaft und der Beendigung des Blutvergiessens allein ist es allerdings noch nicht getan. Dann muss eine Friedensordnung aufgebaut werden auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Versöhnung und den Menschenrechten. Statt mit Waffen ausführen Blutgeld zu verdienen, soll sich die Schweiz verstärkt in der zivilen Friedensförderung engagieren.

Um aus der endlosen Spirale von Gewalt und Krieg herauszukommen, braucht es weltweite Abrüstung und die Ächtung des Krieges. Der Weltfriedenstag ist der gegebene Anlass, dafür unsere Stimme zu erheben. Wir danken Euch allen, dass Ihr heute gekommen seid, um gegen Krieg zu protestieren sowie für Solidarität mit dessen Opfern und für die grosszügige Aufnahme von Flüchtlingen einzustehen. Wir bleiben dran!

Ruedi Tobler am 20.9.2014 in St. Gallen

halter den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) inne hatte. Mit unermüdlichem Einsatz hat er diese enorme Herausforderung im Dienste des Weltfriedens gemeistert – die OSZE war und ist ja das einzige Gremium, das nach der Annexion der Krim Anfang 2014 durch Russland und des beginnenden Bürgerkrieges im Osten der Ukraine diplomatische Kontakte zwischen dem Westen und Russland aufrecht erhalten konnte. Burkhalter hat aber auch viel für den durch ihre Ausländerpolitik ziemlich ramponierten Ruf der Schweiz getan. Nicht auszudenken, wie es hätte herauskommen können, wenn SVP-Bundesrat Ueli Maurer im letzten Jahr Bundespräsident gewesen wäre.

Im Hinblick auf das Präsidentschaftsjahr ist auch eine NGO-Arbeitsgruppe zur OSZE ins Leben gerufen worden, an der wir uns selbstverständlich beteiligten – war doch schon die KSZE, die Vorläuferorganisation, seit ihrer Gründung in den 1970er-Jahren für uns ein Thema. Die OSZE-Gruppe hat die Arbeit der Schweiz kritisch begleitet und Impulse gegeben. An zwei Treffen mit Bundespräsident Burkhalter, am HDIM (Human Dimension Implementing Meeting) Anfang Oktober in Warschau und an der NGO-Parallelkonferenz Anfang Dezember in Basel konnte ich teilnehmen, an letzterer zusammen mit Vorstandsmitglied Oskar Bender.

Zu einem unerwarteten Arbeitsschwerpunkt für uns wurde die von der Schweiz als neues Arbeitsinstrument der OSZE initiierte sogenannte Selbstevaluation. Für die NGO-Arbeitsgruppe fiel das Ergebnis klar zu wenig selbstkritisch aus, so dass sie einen NGO-Bericht dazu vorlegte. Wir haben das Thema Wahlsystem übernommen und dazu einen Bericht erarbeitet, der sich mit den zentralen Problemen und Mängeln befasst, insbesondere mit der fehlenden Regelung für die Parteienfinanzierung und damit auch deren absoluten Intransparenz und der zunehmenden Ethnisierung des Wahlrechts, von dem mittlerweile praktisch ein Viertel der Schweizer Bevölkerung ausgeschlossen ist. Die Do-

kumente zur Selbstevaluation sind auf englisch zu finden unter www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/ausussenpolitik/organisationen/osze/schweizer-selbstevaluation-osze, der NGO-Bericht in deutscher Sprache kann auf unserem Sekretariat angefordert werden.

Kommt eine Dienstpflichtreform?

Nach langen Verzögerungen ist im letzten Herbst doch noch die seit langem angekündigte Kommission zur Dienstpflicht eingesetzt worden. Unsere Kreise sind durch Heiner Studer, den Präsidenten von CIVIVA, vertreten. Auf deren Ergebnisse kann man gespannt sein, sind doch in letzter Zeit wieder vermehrt Stimmen zu hören gewesen, die sich für eine allgemeine Dienstpflicht aussprechen. Das könnte im laufenden Jahr zu einem Thema werden.

Einen Dämpfer erlitten hat die 'Stahlhelmfraktion' in der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates. Der Bundesrat vermochte überzeugend aufzuzeigen, dass es verfassungswidrig wäre, den Zeitraum einzuschränken, in dem ein Zivildienstgesuch eingereicht werden kann. Ein Wermutstropfen ist allerdings, dass die Kommission entgegen dem Antrag des Bundesrates den Einsatzbereich des Zivildienstes nicht auf die Schule ausweiten will. Aber noch hat die Parlamentsdebatte dazu nicht stattgefunden.

Nachdem 2013 der Prix CIVIVA an Samuel Werenfels, den langjährigen Leiter der Zivildienststelle, verliehen worden war für seine grossen Verdienste für den Aufbau eines Zivildienstes, der diesen Namen verdient, war im November wieder ein Aktivist aus unseren Kreisen an der Reihe. Mit dem Preis wurde Lucca Buzzi ausgezeichnet, der seit Jahrzehnten der 'Mister Zivildienst' im Tessin ist, bekannt aber auch durch sein umfassendes Friedensengagement.

Kein 3. Friedensbildungsseminar

Nachdem 2012 und 2013 mit grossem Erfolg ein Seminar zur Friedensbildung im Friedensdorf in Broc FR durchgeführt worden war, an

dessen Organisation wir uns aktiv beteiligt hatten, musste es im letzten November kurzfristig abgesagt werden wegen mangelnder Beteiligung. Dies hat die Vorbereitungsgruppe bewogen, 2015 ein Zwischenjahr einzulegen, d.h. zu versuchen, das Netzwerk Friedensbildung zu konsolidieren und nur eine kleinere Veranstaltung anzustreben; erst auf 2016 soll wieder ein zweitägiges Seminar ins Auge gefasst werden.

Migration als bestimmendes Thema

Das politische Jahr 2014 hat mit einem Paukenschlag begonnen, mit der hauchdünnen Annahme der SVP-Initiative gegen Masseneinwanderung am 9. Februar. Seither dauern die Kontroversen an, ob und wie sie umgesetzt werden könne. Das wird auch im laufenden Jahr ein bestimmendes Thema der Innenpolitik sein. Zur Initiative hatten wir mit einem ausführlichen Memorandum Stellung genommen, das die Fragen ausserhalb des gängigen Schemas der Wirtschaftsschädlichkeit der Initiative behandelte. Wir waren allerdings nicht in der Lage, damit eine wirksame öffentliche Kampagne zu führen.

Der Abstimmungsausgang hat viele aufgerüttelt, so dass sich viele stärker gegen die Ecopop-Initiative engagierten, die am 30. November 2014 zur Abstimmung kam. Wir machten mit im «Komitee solidarische Schweiz», getragen von SP, Grünen und Gewerkschaften. Geplant hatten wir auch wieder eine ausführliche Stellungnahme zur Initiative, verzichteten aber schliesslich angesichts der Flut von Stellungnahmen und Aktivitäten darauf. Ein versöhnlicher Schluss des Jahres ist die deutliche Ablehnung der Ecopop-Initiative nicht, hat diese Abstimmungskampagne doch deutlich gemacht, dass es möglich gewesen wäre, die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative zu verhindern.

Persönlich hat mich die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative bewogen, in Walzenhausen AR für die Ersatzwahl in den Ausserrhoder Kantonsrat zu kandidieren und ich bin am 6. April 2014 gewählt worden für das



letzte Amtsjahr. Nun stehen die Erneuerungswahlen für die Legislaturperiode 2015–2018 an, die am 12. April 2015 stattfinden. Sie werden insofern brisant, als Walzenhausen einen Sitz verliert und drei Bisherige für die beiden Sitze kandidieren.

Gripen-Abstimmung als Denkmittel

Der 18. Mai 2014 war ein ebenso denkwürdiger wie seltsamer Abstimmungssonntag. Die GSoA konnte einen einmaligen realpolitischen Abstimmungserfolg in ihrer Geschichte feiern – dank dem, dass sie sich aus dem Abstimmungskampf heraushielt! Die Rüstungslobby hat sich offenbar so daran gewöhnt, dass sie mit dem Feindbild GSoA ihre Abstimmungen gewinnen kann, dass ihr schlicht nichts einfiel, als sie es statt mit ihrem Lieblingsfeind mit einem grün-liberalen Abstimmungs Komitee zu tun hatte. Zu Rätseln Anlass gegeben hatte allerdings auch das Verhalten von VBS-Chef Maurer im Abstimmungskampf. Im Rückblick aus etwas zeitlicher Distanz stellt sich die Frage, ob er die Abstimmung überhaupt gewinnen wollte, oder ob er nicht darauf setzte, nach einer Ablehnung des Finanzierungsfonds für den Gripen mehr Geld für andere Armeeprojekte zur Verfügung zu haben.

Jedenfalls ist dies eine Auswirkung des Abstimmungsausgangs vom 18. Mai. Zwar hat sich der Bundesrat gegen ein Rüstungs-

programm 2015 plus ausgesprochen und die diesbezügliche Motion der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates ist im Dezember 2014 im Ständerat abgelehnt worden. Aber in seiner Begründung hatte sich der Bundesrat auch dafür ausgesprochen, «Ausrüstungslücken der Armee zu schliessen» und den Ausfall der Gripen-Beschaffung dafür zu nutzen, «finanziellen Handlungsspielraum für künftige Zeiten stärkerer Belastung zu schaffen» (Motion 14.3660 – Rüstungsprogramm 2015 plus). Aber mindestens die Fliegerlobby hat am 18. Mai einen Denktettel erhalten.

Umbruch in der Menschenrechtsszene

Eigentlich hätte das letzte Jahr zum Menschenrechtsjahr in der Schweiz werden können, konnte sie doch auf 40 Jahre Mitgliedschaft bei der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK zurückblicken. Aber spätestens seit in diesem und dem letzten Jahrzehnt Volksinitiativen angenommen worden sind, die direkt gegen die Menschenrechte gerichtet sind, ist es offensichtlich, dass die Menschenrechte in der Schweiz einen schweren Stand haben.

Dass die wählerstärkste Partei in diesem Land nichts mehr mit den Menschenrechten am Hut hat, ist klar, seit der Multimilliardär Blocher sie aufgekauft und zur Führerpartei umgebaut hat. Er hat sich seinerzeit damit profiliert, dass er in den Achtzigerjahren mit einem

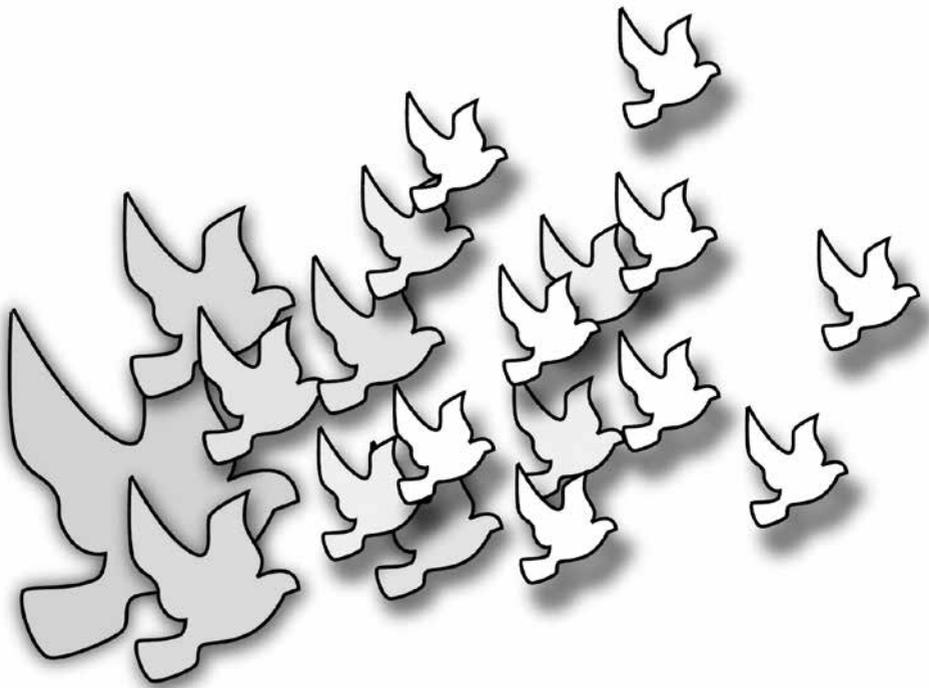
Referendum die Einführung des partnerschaftlichen Eherechts zu verhindern suchte und zugleich das System der Apartheid in Südafrika bis zuletzt verteidigte. Seiner Haltung ist er bis heute treu geblieben. Mit einer Dauerkampagne gegen Ausländer und Flüchtlinge hat er erreicht, dass das Asylrecht regelrecht zertrümmert wurde und die Ausländer aus den sogenannten Drittstaaten einen Zweitklassmenschenstatus haben. Da ist es nur logisch, dass er mit einer Initiative das Landesrecht über die Menschenrechte stellen will.

Erschreckend ist nicht so sehr, dass sich unter Christoph Blocher die SVP von bürgerlicher Politik verabschiedet hat und zur Rechtsausenpartei geworden ist. Ähnliche Entwicklungen gibt es ja fast in allen europäischen Ländern. Aber dass sich die bürgerlichen Parteien nicht klar von dieser Politik distanzieren und teilweise im jetzigen Wahljahr Listenverbindungen mit der SVP eingehen wollen, zeigt auf, wie weit die geistige Verseuchung des liberalen Gedankengutes durch rassistisch-nationalistische Ideen in diesen Parteien fortgeschritten ist.

Nach der Annahme der Minarett-Verbotsinitiative hatte sich 2010 das Forum Menschenrechte und Demokratie (FMD) gebildet mit dem Ziel, eine Regelung zu erreichen, mit der menschenrechtswidrige Volksinitiativen verhindert werden könnten. Wir haben uns von Anfang an daran beteiligt. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass eine in den Eidgenössischen Räten mehrheitsfähige Regelung nicht zu finden ist, hat sich das FMD Ende Mai 2014 aufgelöst. Fast gleichzeitig hat sich die Arbeitsgruppe Dialog EMRK im Rahmen der NGO-Plattform Menschenrechte gebildet, die sich inzwischen als eigenständiger Verein konstituiert hat. Wir sind diesem Verein beigetreten.

Schwerpunkt der NGO-Plattform war die Ausarbeitung eines Modells für eine unabhängige Menschenrechtsinstitution in der Schweiz. Es bildet die Grundlage für die Diskussionen, die dieses Jahr nach der Pilotphase des Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) über seine Weiterführung bzw. Umwandlung in eine Menschenrechtsinstitution anstehen. Wird es möglich sein, die Stellung





SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT 70 JAHRE ◆ 1945 – 2015

der Menschenrechte institutionell zu stärken? Ebenfalls beteiligt sind wir am Initiativprojekt «Recht ohne Grenzen», dessen Initiativtext derzeit in der Vorprüfung bei der Bundeskanzlei ist. Die Unterschriftensammlung soll voraussichtlich im Mai 2015 beginnen.

Workshop am SUFO St. Gallen

Am 23./24. Mai 2014 fand in St. Gallen zum zehnten Mal das «Sozial- und Umweltforum Ostschweiz» (SUFO) unter dem Motto «Eine andere Welt ist möglich» statt. Neben Plenumsveranstaltungen und einer Kundgebung wurden 67 Workshops zu den unterschiedlichsten Themen durchgeführt. Zusammen mit Lothar Höfler aus Lindau von der Organisation Waffen vom Bodensee leitete Heinrich Frei vom Friedensrat einen Workshop zu «Das Geschäft mit dem Krieg». Sie informierten darüber, welche

Firmen am schönen, lieblichen Bodensee Waffen und Waffenteile herstellen und an welche kriegführenden Staaten und Diktaturen diese Geräte geliefert werden (siehe Foto links).

Vor dem 70-Jahre-Jubiläum des SFR

Vor zehn Jahren feierte der SFR sein 60-jähriges Bestehen mit einer hochkarätigen Veranstaltung in der Berner Friedenskirche, an der neben vielen anderen auch die damalige Ausussenministerin Micheline Calmy-Rey sprach. Ganz so gross wird das Anfang Dezember 2015 zu feiernde 70-jährige Jubiläum nicht ausfallen, trotzdem ist der Friedensrats-Vorstand seit Monaten intensiv mit Vorbereitungen beschäftigt. Wir hoffen, die ersten Veranstaltungen und Ideen im Laufe des Frühlings und Sommers 2015 präsentieren zu können.

Ruedi Tobler

Weitere Aktivitäten 2014

Wie umfangreich Schweizer Banken in atomwaffenproduzierende Firmen investieren, zeigte der dritte Report «Don't Bank on the Bomb» der in Genf ansässigen Nichtregierungsorganisation ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) und der niederländischen Friedensorganisation PAX, den diese Anfang November 2014 veröffentlichten. Er weist für die letzten vier Jahre über 400 Milliarden Dollar aus, die von Banken und Finanzinstituten in Firmen investiert wurden, die für den Unterhalt und die Erneuerung der Atomwaffenarsenale der USA, Grossbritanniens, Israels, Indiens und Frankreichs tätig sind.

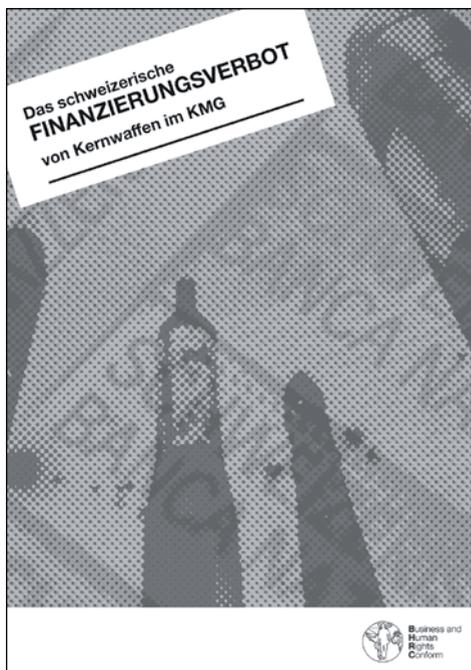
Mit ihrem bedeutenden Finanzplatz ist auch unser Land durch Investitionen in internationale Firmen und deren Zulieferer, die sich mit der Herstellung von Atomwaffen beschäftigen, direkt und indirekt beteiligt. So listet der Report

für den schweizerischen Finanzplatz für das Jahr 2014 rund 5,239 Milliarden Dollar auf, die mittels Aktienpaketen, Darlehen etc. in globale Mischkonzerne wie etwa den hauptsächlich Flugzeuge herstellenden europäischen Airbus oder die amerikanische Boeing sowie in grosse Rüstungsfirmen investiert worden waren. Dabei waren die beiden Schweizer Grossbanken UBS mit rund 3,7 Milliarden Dollar und die Credit Suisse mit rund 1,4 Milliarden Dollar die gewichtigsten von insgesamt sieben Finanzinstituten. Gegenüber dem Vorjahr stiegen solche Investitionen um 380 Millionen Franken an.

Banken investieren Milliarden Dollar in atomwaffenproduzierende Firmen

Dies ist nicht nur stossend, weil die Schweiz in ihren aussenpolitischen Zielsetzungen gelobt, sich dafür einzusetzen, «den Besitz von Atomwaffen verifizierbar zu verbieten», sondern dazu seit dem 1. Februar 2013 auch über ein an sich wirksames Instrument verfügt, die Finanzierung von Atomwaffen zu unterbinden. Denn mit den neuen Artikeln 8b und 8c des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) ist die direkte und indirekte Finanzierung von verbotenen Waffen untersagt. Ein solches Finanzierungsverbot ist weltweit einzigartig – würde es denn durchgesetzt. Auch wenn die Atomwaffen (noch) nicht völkerrechtlich völlig verboten sind, fallen im KMG unter «verbotene» auch sämtliche ABC-Waffen.

Die vor einigen Monaten von StudentInnen gegründete Lobbygruppe BHRC (Business and Human Rights Conform) hat sich diesem eklatanten Widerspruch eidgenössischer Politik angenommen und im Rahmen einer grösseren Disinvestment-Kampagne der ICAN eine umfangreiche Studie erstellt, die sich mit den Widersprüchen und Ausflüchten von Politik und Finanzwirtschaft beschäftigt und die Folgen des neuen Finanzierungsverbots



im KMG untersucht. «Das schweizerische Finanzierungsverbot von Kernwaffen im KMG» wurde anschliessend an den «Don't Bank on the Bomb»-Report veröffentlicht und kommt u.a. zum Schluss, dass etliche Schlupflöcher im KMG bestehen, welche einem effektiven Finanzierungsverbot von Atomwaffen entgegenstehen. Die Studie ist massgeblich durch einen finanziellen Beitrag des Friedensrates als Beitrag zu einer wirksamen schweizerischen Disinvestmentkampagne ermöglicht worden, um stärkeren Druck auf die Umsetzung der KMG-Artikel und der Politik der Finanzinstitute ausüben zu können.

Friedenskalender 2015 zu Sumatra

Francine Perret aus Schliern b. Köniz, seit einiger Zeit Ideen- und Bilderlieferantin für unseren Postkarten-Friedenskalender, die im Frühling 2013 in die Vorstandsarbeit eingestiegen ist und an der Jahresversammlung vom 7. November 2014 offiziell als neuestes und jüngstes Vorstandsmitglied des SFR gewählt wurde, unternahm im Mai 2014 eine Reise nach Indonesien, genauer zu einem Orang-Utan-Schutzprogramm in den Regenwäldern auf Sumatra. Von dort brachte sie die Fotos für den bereits zum neunzehnten Mal erscheinenden Friedenskalender fürs Jahr 2015 mit, passend zum UNO-Jahr des Bodens.

Da die Sponsoren des Friedenskalenders, die jeweils die gesamten Druckkosten übernehmen, zunehmend auch ihren Raum auf der Hinterseite der Monatsterminblätter nutzen und wir deshalb weniger Platz für Hintergrundinformationen zu unserer Bildthemenwahl haben, ergänzten wir nach einem Nepal-Schwerpunkt im September 2013 auch im September des Berichtsjahres das Thema Regenwaldschutz in der FRIEDENSZEITUNG mit einem ausführlichen Interview mit der Gründerin der Stiftung PanEco, Regina Frey. Sie hat nicht nur das Menschenaffen-Schutzprogramm auf Sumatra massgeblich aufgebaut, sondern sich auch bei einem neuen Orang-Utan-Coffee-Projekt engagiert, das den dortigen Kaffeebauern faire Handelsbedingungen für ihre biologisch aus-



gerichteten Pflanzungen gewährleistet. Unsere Themenwahl fiel termingerecht auf den Amtsantritt des neuen indonesischen Präsidenten Joko Widodo, auf den einige Hoffnungen gesetzt werden. Der Friedenskalender trägt mit den Sponsoren und mit den Spenden unserer Mitglieder und AbonnentInnen wesentlich zu einem ausgeglichenen Budget bei und wird nach wie vor geschätzt.

Die FRIEDENSZEITUNG etabliert sich

Zweieinhalb Jahre erscheint die mit erheblichem Aufwand vom Friedensrat herausgegebene Vierteljahrespublikation FRIEDENSZEITUNG nun bereits in ihrem neuen Auftritt. Expertimentierten wir die ersten acht Ausgaben noch etwas mit ihrem Erscheinungsbild, hat sich seit der neunten Ausgabe vom März 2014 nicht nur der Umfang von 24 Seiten etabliert, sondern verwenden wir auch eine etwas grössere Schrift. Zu Inhalt und Gestaltung haben wir immer wieder positive Rückmeldungen

1. UNO-Schutztruppe statt Waffen an Kurden
2. Kommentar zur Revision des Zivilkriegsartikles
4. Nahe zu Enskog! Argumente zum 30. November
8. Sumatra: Die Folgen der Palmölrevolution

14. Ukraine: Die Folgen des Maidan-Aufstandes
18. Ukraine: Eine Road-Map zur Destabilisation
20. 1914-1918: Im Feuer der Propaganda
23. Friedensveranstaltungen im Herbst

Was tun gegen (überheulenden) Völkermord und gegen den ukrainischen Staat?

Eine UNO-Schutztruppe im Irak statt Waffenlieferungen an Kurden

Nach den USA, Frankreich und Grossbritannien will jetzt auch Deutschland Waffen an die kurdischen Freischützer im Nordirak liefern, damit diese die Zivilbevölkerung gegen weitere Verbrechen und Ermordung durch die Terroristen des islamistischen Staates (IS) schützen. Doch ist die Lieferung von Waffen das geeignete Mittel, um dies zu erreichen?

Hedwig Danneberg

In der Geschichte der internationalen Konflikte sind Ende des Zweiten Weltkriegs die Kurden ein wichtiges Kapitel. Hingegen jedoch, während der Fälle, die von muslimischen oder muslimischen Engländern vor Führung von Kriegen, Völkermord, Vertreibung, gewaltvoller Unterdrückung und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen gestützt werden. Sie sind die von den IS-Militärs an Leib und Leben bedrohten Menschen weltweit zu schätzen und die schon über 300000 Vertriebenen und Flüchtlinge in den heissen Rückblende in ihre Heimatorte zu ermöglichen, müssen die kurdischen Freischützer

die inzwischen von den IS-Militärs kontrollierten Städte und Regionen kontrollieren. Dafür brauchen sie Waffen und militärische Logistik, die von hochentwickelten, überwiegend aus USA-amerikanischen, Rüstungswerkzeugen stammenden Waffen des IS abzurufen sind. Doch das steht weder in Washington noch in Paris, London oder Brüssel auf der Tagesordnung.

Über die Art von Waffen, die die Freischützer bereits von den USA, Frankreich und Grossbritannien erhalten haben und nun auch im Nordirak beschaffen sollen, verfügt die IS-Militärlogik. Auch über Mittel, Waffen, deren Lieferung die islamische Freischützerregierung ermöglicht, damit die Kurden die Pläne des islamischen Staates für die Eroberung des nördlichen Mesopotamiens verfolgen und Atomkraftwerke auf vielen Orten und Vorausposten auf

halten. Seine Arbeit die IS-Militärs vornehmlich das grösste Reservoir an entschlossenen Kämpfern haben) sowie mit kriegswichtigen Gegenständen der IS-Militärs gegen die Zivilbevölkerung.

Schlag mit einer robusten mehrstufigen UNO-Truppe. Demen effektiv Schutz lassen sich nur gewährleisten durch eine robust organisierte und mit einem robusten Mandat ausgestattete Truppe – möglichst unter Beteiligung von Soldaten aller fünf Völkergruppen des Sicherheitsrates (USA, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien). Durch vor dieser Konsequenzen fähigkeit nach einem geeigneten Schrittweg schreibe jedoch nicht nur die Verantwortung des Sicherheitsrates, Befragungen in Washington und diversen UN-Hauptquartieren werden sondern auch (überhaupt) Paris, die sich – wie zum Beispiel China – nur durch die Bewehrung der Kurden ansprechen.

Im Irak sind, obwohl sie gross sind, kein anderes Land und keine andere Region der Welt in der letzten 50 Jahre so sehr durch Waffendruck ver-

Fortsetzung Seite 2
FRIEDENSZEITUNG 10-14



nimmt der Friedensrat einen neuen Vorstoss, eine Geschichte seines Vereinssitzes, des Zürcher Gartenhofes, mitten im Stadtkreis 4 an der Gartenhofstrasse 7 zu schreiben. Was mit einer Idee nach einem vom Basellandschäftler Historiker Ruedi Epple im Zusammenhang mit seinen Forschungen zur historischen Siedler-Bewegung (siehe FRIEDENSZEITUNG Nr. 6-13) entdeckten Beziehungen zwischen der Familie Ragaz und Ausläufern der Siedler-Bewegung begann, reifte als Projekt in diesem Berichtsjahr bis hin zu einem konkreten Projektbeschrieb über den Gartenhof, seine soziale Umgebung, die an ihm angesiedelten Friedensorganisationen. Doch den entscheidenden Schub erhielt das Projekt durch eine namhafte finanzielle Zusage des Buches 2000. An dieser Stelle rufen wir alle Interessierten, die je mit dem Gartenhof und seinen Organisationen zu tun hatten, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Wir suchen Leute, Erinnerungen, Bilder, Dokumente, die wir für eine Gartenhof-Historie verwenden können.

Peter Weishaupt

für Gerechtigkeit der indischen Landrechtsbewegung Ekta Parishad, im Juni mit dem neuen Nebs-Copäsidenten Martin Naef zur europapolitischen Stimmung nach den Eurowahlen und im September mit Regina Frey von Paneco zum Thema unseres Friedenskalenders 2015 zum bedrohten Regenwald auf Sumatra.

Die letzte Ausgabe des Jahres widmete sich der Finanzierung von Atomwaffenfirmen durch Schweizer Banken. Wir hoffen, mit diesem Themenmix von Aktuellem wie Hintergrundem Interesse gefunden zu haben und werden auch nächstes Jahr damit weiterfahren. Wir hoffen nach wie vor darauf, dass uns bisherige LeserInnen Adressen von potenziellen InteressentInnen melden, denen wir Probenummern zukommen lassen können (info@friedensrat.ch).

Gartenhof-Geschichte

Das Projekt hat eine lange Vorgeschichte, schon in den 1970er-Jahren gab es Anstösse für eine Geschichte von unten, Oral History. Das Projekt versandete allerdings. Jetzt unter-

1. Schweizer Banken investieren in Atomwaffenfirmen
3. Appell zur Vertiefung der EMNK
6. Zum Atomwaffen-Finanzierungsverbot im KAGG
8. Alternativen zur militärischen Bekämpfung des IS
10. Ueli Wildberger: Mein Weg zur Gewaltfreiheit
14. Die Friedensfrauen der Casarman
16. Zum Friedensnobelpreis an Malala Yousafzai
20. Vor 23 Jahren: Demokratische Unterdrückung des IS

Neue Studie zur Finanzierung von Atomwaffenproduzenten durch Schweizer Banken

Schweizer Banken investierten 2014 5,2 Milliarden \$ in Atomwaffenfirmen

Schweizer Banken investierten in diesem Jahr mit weniger als 2 Milliarden Dollar in Firmen, die in der Atomwaffenproduktion beteiligt sind, wie dem Bericht über die Bank für die Finanzierung des Atomwaffen-Finanzierungsverbots im KAGG vom Vorjahr eine Zehnfache von 380 Millionen Dollar. Kapitalgeber der Rüstungsfirmen des IS sind und Credit Suisse, die schweizerische Stadt vertritt, dass es ein Gesetz der Bank ein Engagementgesetz, das die solche Finanzierungen eigentlich verbietet sollte.

(Peter Wildberger)

Schon zum dritten Mal publiziert die der Genf am 20. September 2014 (ICAN ist weltweit am weitesten verbreitet) in Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Friedensorganisationen hat einen Bericht zu den atomaren Finanzinvestitionen in Unternehmen, die an der Produktion von Atomwaffen, dank der Anlage November 2014 nachfolgende Bericht wird die die letzten vier Jahre über 380 Millionen Dollar aus, die von Banken und Finanzinvestitionen Firmen investiert wurden, die für den Einsatz der Atom-

waffenwaffen der USA, Grossbritannien, Frankreich und Frankreich sind, für den schweizerischen Finanzmarkt hat der Bericht für das Jahr 2014 rund 5,29 Milliarden Dollar auf die Anzahl Unternehmen, die in globalen Märkten wie etwa der hauptsächlich Flugzeugherstellung, reisebranche Aktien oder die energetische Energie sowie in große Finanzfirmen investiert wurden waren.

Hauptinvestoren waren, was wundert es, die beiden Schweizer Grossbanken von mit rund 3,7 Milliarden Dollar und der Credit Suisse mit rund 1,4 Milliarden Dollar, aber beispielsweise auch die Swisscom, die Casarman, die Kantonalbanken der Kantonsbanken, die Aktionäre der Schweizerischen Bank für

Rufen, die Teilkomponenten für die Produktion von Atomwaffen produziert. Insgesamt werden sieben Finanzinstitute aufgelistet, die mehr als ein Prozent des Vermögens von Unternehmen und anderen herstellende verbunden sind, die in globalen Märkten wie etwa Atomwaffen- oder umweltschädliche Unternehmen oder von Zulieferern um 380 Millionen Dollar aus.

Unterstützung zum Finanzierungsverbot im Kragmentgesetz
Sich wurde über im Frühjahr 2013 mit dem neuen Artikel 6b und so ein Finanzinvestitionsverbot von Unternehmen und anderen herstellende verbunden sind, die in globalen Märkten wie etwa Atomwaffen- oder umweltschädliche Unternehmen oder von Zulieferern um 380 Millionen Dollar aus.



Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG 11-14



Jahresbericht 2014 der Kampagne gegen Kleinwaffen

Auf Seite 9 dieses Jahresberichtes kritisiert Ruedi Tobler die kontraproduktive Aufrüstung des Nahen Ostens im Kampf gegen den 'Islamischen Staat'. Den Schweizer Beitrag dazu der letzten fünf Jahre hat Vorstandsmitglied Heinrich Frei erfasst (siehe untenstehende Tabelle der offiziellen Kriegsmaterialexporte). Dabei sind etwa die Lieferungen von Pilatus-Trainingsflugzeugen für arabische Luftwaffen nicht erfasst. Und weitgehend unbekannt sind 'naturgemäss' die Waffenarsenale, die in die Hände nicht-staatlicher bewaffneter Gruppen wie dem IS auf ihren Eroberungszügen fallen. Welche Wege schweizerische Waffenlieferungen

nehmen können, hat sich etwa 2004 gezeigt, als Schweizer Panzerhaubitzen, die ursprünglich in die Vereinigten Arabischen Emirate VAR geliefert worden waren, in Marokko auftauchten, das seit Jahrzehnten in den Konflikt um die Westsahara verwickelt ist. Sie waren als 'Geschenk' deklariert dorthin gelangt. Im Jahre 2011 tauchte Schweizer Munition in Libyen auf, die 2009 nach Katar geliefert worden war. Die Regierung in Doha behauptete, es sei keine Munition an libysche Kämpfer gelangt, bei der Lieferung habe es sich um ein «Missgeschick» gehandelt. Bei den VAR, den grössten Importeuren schweizerischer Waffen der

Kriegsmaterialexporte in den Nahen Osten in den Jahren 2009 bis 2012

	2009	2010	2011	2012
Saudi-Arabien	131'594'271	132'610'693	20'641'815	24'758'815
Arab. Emirate VAR	3'986'894	8'749'045	265'805'621	132'786'215
Katar	2'561'602	515'071	660'010	
Kuweit		4'466'109		300'315
Oman	541'398		1'193'655	4'851'215
Jordanien		630'100		
Bahrein	12'512'943	3'216'819	2'228'230	2'823'915
Total	151'197'108	150'187'837	290'529'331	165'520'695

letzten fünf Jahre, scheint die Weiterlieferung von Waffen System zu haben, 2012 wurden in Syrien Schweizer Handgranaten entdeckt, die 2003 in die VAR geliefert, von dort nach Jordanien weiterspediert und dann den Weg in den syrischen Bürgerkrieg fanden.

Aufweichung des KMG ab 1.11.2014

Termingerecht zum allseitigen Waffenbedürfnis im Pulverfass Naher Osten passt die auf den 1. November 2014 vorgenommene 'Lockerung' des Kriegsmaterialgesetzes KMG, das vor allem Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien und Pakistan – beides nicht gerade menschenrechtswürdige Vorzeigestaaten – erleichtert, indem neben menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen Grundsätzen bei einer Bewilligung von Waffen in exponierte Staaten neu auch noch «wirtschaftliche und sicherheitspolitische Erwägungen in die Beurteilung einfließen» sollen. Dabei hatte der Bundesrat im Abstimmungskampf über die Waffenexportverbotsinitiative vor fünf Jahren noch hoch und heilig versprochen, die Bestimmungen des KMG nicht aufzuweichen. Jetzt hat er sich der erfolgreich operierenden Rüstungslobby in den Räten gefügt und will ebenfalls die gefühlte «Benachteiligung der Schweizer

Sicherheitsindustrie beseitigen», wie eine Motion der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates verlangt hatte. Der Bundesrat behauptete am 19. September 2014 bei seinem Beschluss, das Kriegsmaterialgesetz und seine Verordnung entsprechend anzupassen, dass «die Kohärenz mit der schweizerischen Aussen- und Menschenrechtspolitik weiterhin sichergestellt» sei...

UNO-Waffenhandelsvertrag ratifiziert

Am 30. Januar 2015 hat die Schweiz als 62. Staat die Ratifikationsurkunde für den Waffenhandelsvertrag Arms Trade Treaty ATT hinterlegt. In Kraft getreten ist er am 24. Dezember 2014. Obwohl die Schweiz am 3. Juni 2013 zu den Erstunterzeichnerländern des Waffenhandelsvertrags zählte, hat sie es nicht geschafft, ihn rasch zu ratifizieren. Am 24. Dezember 2014 – nach 50 Ratifikationen – ist er in Kraft getreten. Die Schweiz hat nun erst am 30. Januar 2015 als 62. Staat die Ratifikationsurkunde hinterlegt. Immerhin noch vor der Konferenz von Mitte 2015 in Mexiko, die bestimmen wird, ob das Sekretariat in Wien, Genf oder Port au Prince angesiedelt wird. Welchen Einfluss wird es haben, dass Trinidad und Tobago als eines der fünf ersten Länder am 25. September 2013

letzten fünf Jahren

	2013	Total
86	21'897'144	331'502'809
01	10'193'256	421'521'017
		3'736'683
55		4'766'464
75	839'987	7'426'315
	413'206	1'043'306
77	2'671'482	23'453'451
4	36'015'075	793'450'045



In welchen Händen landen sie? Sturmgewehrrmunition, die die deutsche Bundeswehr jetzt den Kurden im Irak liefert, die gegen den 'Islamischen Staat' kämpft, wird von der RUAG Ammotec in Deutschland produziert. Es soll sich bei diesen Lieferungen der RUAG Ammotec in den Irak um vier Millionen Schuss handeln.

und Österreich am 3. Juni 2014, also deutlich vor der Schweiz, ratifiziert haben?

Engagement gegen Personenminen

Das VBS benützte den «Internationalen Tag zur Aufklärung über Minengefahren» vom 4. April 2014, um sein Engagement «im Kampf für eine Welt ohne Personenminen, Streumunition und explosive Kriegsmunitionsrückstände» im Jahre 2013 zu präsentieren. Es handelte sich dabei um eine Zwischenbilanz der Strategie des Bundes 2012 – 2015 zur humanitären Minenräumung. Festgehalten wird dabei, dass die Zahl neuer Opfer von Personenminen zwar stetig abnehme, doch es immer noch gelte, Überlebenden die entsprechende Hilfe zukommen zu lassen und die betroffene Bevölkerung im Umgang mit den Opfern und in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. Dies vor dem Hintergrund, dass belastete Flächen oft jahrelang nicht genutzt werden können und so die Lebensgrundlagen stark eingeschränkt seien. Der Schweiz sei es dabei u.a. gelungen, das Sekretariat für das Streumunitionsübereinkommen in Genf zu etablieren. So soll auch das Genfer Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD) als Kompetenzzentrum weiter gestärkt werden.

In der Demokratischen Republik Kongo, Somalia / Somaliland, Südsudan, der Westsahara und im Hauptquartier der UNO in New York kamen militärisches Berufspersonal des Kompetenzzentrums Kampfmittelbeseitigung und Minenräumung der Schweizer Armee und Milizangehörige zum Einsatz. Das EDA unterstützte insbesondere Projekte in Bosnien und Herzegowina, Burundi, Kambodscha, Kosovo, Laos, Libanon, Mali, Myanmar, Philippinen, Somalia / Somaliland, Sri Lanka, Südsudan und Syrien. Das Engagement der Schweiz konnte im Vergleich zu den Vorjahren erneut leicht gesteigert werden und umfasste u.a. finanzielle und operationelle Beiträge im Wert von insgesamt über 17 Millionen Schweizer Franken.

Peter Weishaupt

Herausgegeben vom Genfer Institut für internationale Studien, produziert von einem Team von Wissenschaftlern, unterstützt von einem Netzwerk von vor Ort ansässigen Kollegen, bildet das Kleinwaffen-Jahrbuch «Small Arms Survey» mit seiner Mischung aus Information, Dokumentation und Analyse nicht nur für politische Entscheidungsträger und internationale Diplomaten, sondern auch für Nichtregierungsorganisationen eine unentbehrliche Referenzquelle zu kleinen und leichten Waffen. Neben materialreichen Studien zu einzelnen Ländern und detaillierten Informationstabellen über die weltweite Waffenverbreitung enthält das Jahrbuch jeweils einen Themenschwerpunkt.

Der «Small Arms Survey 2014» untersucht die vielfältigen Rollen, die Frauen im Kontext bewaffneter Gewalt, Sicherheit und der Handfeuerwaffen-Agenda spielen. Der thematische Schwerpunkt befasst sich mit der Gewalt gegen Frauen und Mädchen – mit Fokus auf der Situation nach den Konflikten in Liberia und Nepal – und mit der jüngsten Konvergenz der Handfeuerwaffen-Agenda mit der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit (Zusammenfassung siehe nächste Seiten). Diese Kapitel werden ergänzt durch illustrierte Zeugnisse von Frauen, die Erfahrungen als Soldatinnen, Rebellinnen und Sicherheitsbedienstete gesammelt haben.

Der Abschnitt «Waffen und Märkte» bewertet die möglichen Auswirkungen des ATT-Waffenhandelsübereinkommens und präsentiert das Transparency-Barometer 2014 sowie eine aktualisierte Übersicht zum genehmigten Handel mit Handfeuerwaffen. Ausserdem enthält es eine Analyse der Munitionsexplosionen, die vor Kurzem in der Republik Kongo vorgekommen sind. Zusätzlich wird in diesem Kapitel untersucht, wie in Afrika und im Mittleren Osten der Munitionskreislauf funktioniert, und es werden die Quellen der Waffen der Rebellen im Sudan und Südsudan erkundet.

www.smallarmssurvey.org

Frauen und Schusswaffen

Im April 2013 wurde die Annahme des Arms Trade Treaty ATT durch die UNO-Generalversammlung auch von Frauenorganisationen gefeiert. Das UNO-Waffenhandelsübereinkommen wurde als Sieg für Frauen bejubelt; es verpflichtet Staaten, vor der Erteilung der Genehmigung von Handfeuerwaffentransfers ins Ausland das Risiko in Betracht zu ziehen, dass diese Waffen benutzt werden könnten, schwere geschlechtsspezifisch motivierte Gewalttaten auszuüben oder deren Ausübung Vorschub zu leisten, zum Beispiel im Rahmen häuslicher oder sexueller Gewalt. Tatsächlich gab es schliesslich in den Jahren 2012/2013 in der internationalen Politik ein Zusammenfliessen der politischen Bestrebungen zur Stärkung der Rechte der Frauen, für Frieden und Sicherheit sowie der Bestrebungen zur Eindämmung der Verbreitung von Handfeuerwaffen. Das ist weitgehend dem Engagement von Frauen und Frauenorganisationen zu verdanken, in Zusammenarbeit mit der breiteren Bewegung zivilgesellschaftlicher Organisationen für mehr Waffenkontrolle.

Der Schwerpunkt des «SAS 2014»

- gibt einen Überblick über die Themen Frauen, Frieden und Sicherheit, einschliesslich der Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates zu diesem Themenkomplex, über die Rollen von Frauen als Benutzer und Opfer von Handfeuerwaffen und als Personen, die Anreiz gegeben haben, diese Waffen zu benutzen – während und nach bewaffneten Konflikten;
- analysiert, wie die internationale Politik in Bezug auf Frauen, Frieden und Sicherheit das Handfeuerwaffen-Problem angegangen ist – oder nicht;
- untersucht, welche Berücksichtigung das Thema Handfeuerwaffen in nationalen Aktionsplänen zur Implementierung der Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrates gefunden hat und wie die Forderungen zu den Themen Frau-

small arms survey 2014



en, Frieden und Sicherheit bei den nationalen Aktionsplänen zur Eindämmung der Verbreitung von Handfeuerwaffen integriert worden sind; und

- skizziert, wie die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit in die jüngsten politischen Bestrebungen und Gesetzgebungen zur Problematik der Handfeuerwaffen Eingang gefunden hat, und wie die Handfeuerwaffen-Problematik dementsprechend bei den jüngsten Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu Frauen, Frieden und Sicherheit berücksichtigt worden ist.

Anerkennung und Ausgrenzung

Während und nach bewaffneten Konflikten sind Frauen und Mädchen oft direkt Opfer von mit Handfeuerwaffen begangenen Gewalttaten: im Rahmen häuslicher Gewalt, sexueller Gewalt (einschliesslich solcher zur zwangsweisen Rekrutierung zu einer bewaffneten Gruppe), durch Körperverletzung und Mord. Die indirekten Folgen davon sind, dass verletzte Familienmitglieder versorgt werden müssen und dass Arbeit, Schule und Ausbildung sowie Krankenversorgung auf der Strecke bleiben. Bewaffnete Konflikte können aber auch zur Aufweichung traditioneller Geschlechterrollen beitragen. Während einige Frauen und Mädchen bereitwillig Waffen schmuggeln oder sich mit der Waffe in der Hand kämpfenden Gruppen anschliessen, übernehmen andere Leitungsfunktionen an der Spitze von lokalen,



nationalen und internationalen Initiativen zur Waffenkontrolle.

Die Erklärung und Aktionsplattform von Peking aus dem Jahr 1995, die eine wesentliche politische Grundlage für die Gleichstellung der Frau liefert, stellt explizit eine Verbindung zwischen Waffenhandel und bewaffneter Gewalt her, und sie stellt dar, wie Frauen sowohl Opfer bewaffneter Gewalt als auch Akteure zur Durchsetzung von Waffenkontrolle und Entwaffnung sind. Dennoch, als im Jahr 2000 der UNO-Sicherheitsrat die bahnbrechende Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedete, wurde darin Abrüstung, Demobilisierung und Wiedereingliederung erwähnt, aber nicht 'Handfeuerwaffen', der 'Waffenhandel' und 'Waffen'. Und bis 2013 blieb es bei den nachfolgenden Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit ähnlich still in Bezug auf diese Themen.

Untersuchungen und Initiativen von zivilgesellschaftlichen Organisationen haben aufgezeigt, wie wichtig die Resolution 1325 des

UNO-Sicherheitsrates für die Politik und deren praktische Umsetzung in Bezug auf Handfeuerwaffen ist. Zivilgesellschaftliche Organisationen, UNO-Vertretungen und der UNO-Generalsekretär sowie das UNO-Gremium, das die Implementierung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen überwacht, haben dafür gesorgt, dass die Mandate aus der Resolution des UNO-Sicherheitsrates zu Frauen, Frieden und Sicherheit mit den Bestrebungen zur Eindämmung der Verbreitung von Handfeuerwaffen miteinander verknüpft wurden, insbesondere in Bezug auf den Schutz der Zivilbevölkerung auch gegen sexuelle Gewalt, die Teilhabe von Frauen, die Unterstützung lokaler Initiativen von Frauen für Frieden und Konfliktlösungen, und Abrüstung, Demobilisierung und Wiedereingliederung.

Implementierung auf nationaler Ebene

Auf nationaler Ebene ist der Fortschritt bei der Harmonisierung der Politik in Bezug auf Handfeuerwaffenkontrolle und für Frauen, Frieden und Sicherheit als begrenzt zu erachten. Ein Viertel der 43 nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der Resolution 1325, die vor dem Ende des Jahres 2013 verabschiedet wurden, beziehen sich auf Handfeuerwaffen; jedoch findet durch sie kaum eine Operationalisierung der Verknüpfung dieser beiden Politikagenden statt, indem die Notwendigkeit konkreter Massnahmen daraus abgeleitet wird. Auch bezieht sich keiner der nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der Resolution 1325 auf die Notwendigkeit zur Waffenkontrolle selber in dem Sinne, dass diese geschlechtsspezifische Unterschiede zu berücksichtigen habe, zum Beispiel durch Bestimmungen, welche die Gefahr mindern, dass bei häuslicher Gewalt Handfeuerwaffen zum Einsatz kommen oder mit ihnen gedroht wird.

Die nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der Resolution 1325 im Senegal und auf den Philippinen enthalten die detailliertesten Bestimmungen zu Handfeuerwaffen. Im Senegal scheinen Schusswaffenbestimmungen dazu

beitragen zu haben, häusliche Gewalt einzudämmen. Auf den Philippinen zeigt die Ausarbeitung neuer Schusswaffengesetze, dass es des nachhaltigen Engagements zivilgesellschaftlicher Organisationen bedarf, damit bei den Agenden zu Handfeuerwaffen das Anliegen von Frauen nicht aus dem Blickfeld gerät.

In nationalen Aktionsplänen zu Handfeuerwaffenkontrolle finden Frauen nur gelegentlich Erwähnung – zum Beispiel, indem auf ihre wichtige Rolle im Erziehungswesen der Gesellschaft verwiesen wird. Doch werden daraus selten erforderliche konkrete Massnahmen abgeleitet. In einigen Ländern ist dem Problem häuslicher Gewalt jedoch dadurch Priorität eingeräumt worden, dass Regelungen zur Lizenzierung von Handfeuerwaffen in Privatbesitz und andere Vorschriften eingeführt wurden – mit einigem Erfolg.

Politikhandlungsrahmen verknüpfen

Auf internationaler Ebene begann die normative Konvergenz zwischen Politikbestrebungen für Frauen, Frieden und Sicherheit und den Waffenkontroll-Agenden im Jahr 2012, als das Ergebnis der Überprüfungskonferenz für das UNO-Aktionsprogramm sich auf die Teilhabe und das Zum-Opfer-Werden von Frauen bezog. Der Text des Arms Trade Treaty, der im nachfolgenden Jahr verabschiedet wurde, fordert die Durchführung einer Risikoeinschätzung geschlechtsbasierter Gewalt, bevor Waffen exportiert werden dürfen. Die Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom September 2013 betont die Teilnahme von Frauen bei der Bekämpfung von illegalen Transfers und Missbrauch.

Parallel dazu finden die Bestimmungen des Arms Trade Treaty nochmals Bestätigung in den zwei Resolutionen zu Frauen, Frieden und Sicherheit von 2013; die zweite von diesen, die Resolution 2122 des UNO-Sicherheitsrates, enthält einen bahnbrechenden

rechtswirksamen Paragraphen, der die volle Teilnahme von Frauen beim Ausmerzen illegaler Transfers von Handfeuerwaffen und deren Missbrauch erzwingt. Die allgemeinen Empfehlungen des Gremiums des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen, die 2013 in Bezug auf die Rolle von Frauen bei der Prävention von Konflikten, bei Konflikten und in Zeiten nach Konflikten veröffentlicht wurden, fordern Waffenkontrollbestimmungen, um geschlechtsbasierter Gewalt vorzubeugen.

Das alles ist Stückwerk, dennoch sind es wichtige Errungenschaften. Regionale und internationale Strategien auf Grundlage der Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrates zu Handfeuerwaffen haben das Potenzial, stärker und wirkungsvoller zu sein, wenn dieser Politikkonvergenz auf konkrete Weise mehr Ausdruck verliehen wird, zum Beispiel indem der Fokus darauf gelegt wird, Gefahren durch häusliche Gewalt abzuwenden, Waffen aus Gemeinwesen zu entfernen und sich mit zivilgesellschaftlichen Organisationen von Frauen zu beraten. Die Netzwerke und Organisationen von Frauen sind Partner gewesen bei der Ausarbeitung von politischen und legislativen Initiativen sowie bei Bestrebungen zur Eindämmung der Verbreitung von Handfeuerwaffen und bei der Wahrnehmung von Erziehungsaufgaben, und sie können auch weiterhin Partner dabei sein. Sie werden zweifellos eine Schlüsselrolle spielen, wenn es um die Überwachung erforderlicher konkreter Massnahmen geht und darum, ob Verantwortlichkeiten ernsthaft wahrgenommen werden.



Publikationen

Ich bestelle

..... Ex. **Probenummern** der **FRIEDENSZEITUNG**. 4 Ausgaben im 2015, gratis

..... **Abonnement** der **FRIEDENSZEITUNG** für 50 Franken jährlich

..... Ex. dieses **Jahresberichtes 2014** des SFR. 24 Seiten, Februar 2015, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2015** mit 12 Kalenderblättern zu Sumatra, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2013** des SFR. 24 Seiten, Februar 2014, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2014** mit 12 Kalenderblättern zu Nepal, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2012** des SFR. 24 Seiten, Februar 2013, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2013** mit 12 Kalenderblättern zu Wasser, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2011** des SFR. 24 Seiten, April 2012, Fr. 10.–

..... Ex. der Broschüre **Gegen modernes Söldnertum**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. 28 Seiten, Dezember 2011, Fr. 15.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2012** mit 12 Kalenderblättern zu Madagaskar, Fr. 10.–

..... Ex. **SFR-Newsletter Juni 2011** zu Ostermärschen und Kleinwaffen, 8 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2010** des SFR. 24 Seiten, April 2011, Fr. 10.–

..... Ex. Argumentenkatalog **Schutz vor Waffengewalt** zur Volksabstimmung vom 13.2. 2011. Dezember 2010, 52 Seiten, Fr. 10.–

..... Ex. **Reader «Kriegsgebiet Kinderzimmer»**. Eine Intervention zu Gewalt, Gesellschaft und Entwaffnung. Dezember 2009, 256 Seiten, Fr. 28.–

..... Ex. Broschüre **Konfliktprävention**. Zivildienstleistende im öffentlichen Raum. Dezember 2008, 12 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. Broschüre **Das Geschäft mit dem Krieg**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. Dezember 2007, 28 Seiten, Fr. 10.–

..... Ex. Broschüre **Schöne neue atomare Welt**. Warum neue Atomkraftwerke kein Rezept gegen den Klimawandel sind. Juni 2007, 24 Seiten, Fr. 10.–

..... Ex. Broschüre **Wehrpflicht zur Debatte**: Berufsarmee, Freiwilligenheer, allgemeine Dienstpflicht? Dezember 2004, Fr. 10.–

..... Ex. SFR-Broschüre **Abschied vom Inselfensein**. Vom Ende der isolationistischen Neutralität zur kollektiven Sicherheit der UNO. 52 Seiten, Dezember 2000, Fr. 10.–

..... Ex. SFR-Jubiläumsbuch **«Hoffen heisst Handeln»** – Friedensarbeit in der Schweiz seit 1945, 224 Seiten, Fr. 15.–

Ich will **Mitglied des SFR** werden:

- Fr. 50.– jährlich (Mitgliedschaft)
- Fr. 100.– jährlich (Mitglied & Jahresabo)
- Kampagne gegen Kleinwaffen (Fr. 20.–)

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich
oder **mailen** an info@friedensrat.ch